Erklärung zum Merkblatt Datenschutz des Landes Berlin (Inhalt auf den folgenden Seiten 2 und 3)

Sie möchten an einem Projekt teilnehmen, das mit Mitteln des Landes Berlin durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung sowie der Bundesagentur für Arbeit finanziert wird (Rechtsgrundlage: § 44 Landeshaushaltsordnung, AN-Best-P, § 6 Abs. 1 Bst. a) Datenschutzgrundverordnung und § 48 Sozialgesetzbuch III).

Zur Gewährung der Mittel ist es notwendig, dass bestimmte Informationen (personenbezogene Daten) von Ihnen erhoben werden (Art. 13 1 c) DSGVO).

Ihnen stehen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit, Widerruf und jederzeitigem Widerspruch zu, die Sie bei der verarbeitenden Stelle geltend machen können (Art. 13, 15 – 18, 21 DSGVO).

Meine Einverständniserklärung bezieht sich ausschließlich auf die Daten zur Durchführung des Projektes. Mir ist bewusst, dass unvollständige Angaben zur Folge haben, dass meine Projektteilnahme nicht möglich ist. Die erhobenen Daten werden auch anonymisiert für statistische Zwecke in einer Datenbank gespeichert. Mir ist bekannt, dass die erhobenen Daten über das Vorgenannte hinaus nicht an dritte Personen oder Institutionen weitergegeben werden. **Ich habe die Hinweise für Teilnehmende und die Ausführungen über Rechte der/des Einwilligenden zur Kenntnis genommen und erkenne sie an.**

Gemäß Art. 8 Abs. 1 S. 1 DSGVO können Minderjährige, die ihr 16. Lebensjahr vollendet haben, wirksam in die Datenverarbeitung durch Dienste von Informationsgesellschaften einwilligen, ohne dass es einer Einwilligung des Sorgeberechtigten bedarf.

Schule	Klasse / Jahrgang

Bildungsdienstleister

Vorname Teilnehmende(r)	Nachname Teilnehmende(r)

Berlin, den _____

Unterschrift der / des Teilnehmenden

bei Minderjährigen unter 18 Jahren
Unterschrift der Eltern / gesetzlichen Vertreter

Merkblatt Datenschutz

Hinweise für Teilnehmende

Mit diesem Merkblatt soll über Art, Umfang und Zweck der verarbeiteten personenbezogenen Daten informiert werden. Darüber hinaus werden Sie über die Ihnen zustehenden Rechte aufgeklärt. Außerdem geben Sie Ihr Einverständnis zur Verarbeitung Ihrer Daten, und zwar ausschließlich für die nachfolgend genannten Zwecke.

Sie möchten an einem Projekt teilnehmen, das mit Mitteln des Landes Berlin durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung sowie der Bundesagentur für Arbeit finanziert wird (Rechtsgrundlage: § 44 Landeshaushaltsordnung, AN-Best-P, § 6 Abs. 1 Bst. a sowie § 48 Sozialgesetzbuch III) Datenschutzgrundverordnung).

Zur Gewährung der Mittel ist es notwendig, dass bestimmte Informationen (personenbezogene Daten) von Ihnen erhoben werden (Art. 13 Abs. 1 c) DSGVO). Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen (Art. 4 Ziff.1 DSGVO), z. B. Name und Vorname, Geschlecht, besuchte Schule, Klasse bzw. Jahrgang.

Ihre Daten werden zur Durchführung, Abrechnung und Prüfung des Projekts bzw. der geförderten Maßnahme sowie zur Berichterstattung durch den Projektträger erhoben. Die erhobenen Daten „Schule“, „Klasse/Jahrgang“ werden bei der Speicherung getrennt von Ihrem Namen aufbewahrt (mit einer Kennzeichnung, damit unter bestimmten Voraussetzungen die Informationen wieder Ihrem Namen zugeordnet werden können, vor allem zum Nachweis bei Prüfungen über die ordnungsgemäße Projektdurchführung). Die erhobenen Daten werden auch, in diesem Fall anonymisiert, für statistische Zwecke in einer Datenbank (Eureka5) gespeichert.

Auch für die Evaluierung des geförderten Projekts werden die Informationen über die Teilnehmenden benötigt - Angaben, die die Teilnahme an der Maßnahme betreffen.

Für Prüfungs- und Revisionszwecke (auch zur Identitätsprüfung) sind die Daten im Einzelfall einsehbar für die zgs-consult GmbH als Bewilligungsstelle und die fachverantwortliche Senatsverwaltung und die verantwortliche Stelle der Bundesagentur für Arbeit sowie Prüfstellen, wie dem Rechnungshof von Berlin oder dem Bundesrechnungshof. Daten für die wissenschaftliche Begleitung (Evaluation) werden grundsätzlich nur anonymisiert verarbeitet.

Der Projektträger ist – mit der Bewilligung der Fördermittel für das Projekt – mit der Verarbeitung der notwendigen Daten beauftragt worden und zur Einhaltung des Datenschutzes verpflichtet.

Es wird sichergestellt, dass nur ein namentlich benannter und berechtigter Kreis von Mitarbeiter*innen beim Projektträger einen Zugriff auf personenbezogene Informationen erhalten. Eine Löschung Ihrer Daten kann nach Ablauf der jeweils zu einem Förderinstrument geltenden Aufbewahrungsfrist erfolgen (nach zuwendungsrechtlicher Maßgabe regelmäßig sechs Jahre gem. ANBest-P zu 6.5, Nr. 7.1 S. 1, Art. 13 Abs. 2 a) DSGVO). Ihre Daten werden nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist gelöscht (Art. 19 DSGVO).

Rechte der/des Einwilligenden

Ihnen stehen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Datenübertragbarkeit, Widerruf und jederzeitigem Widerspruch zu, die Sie bei der verarbeitenden Stelle geltend machen können (Art. 13, 15 – 18, 21 DSGVO).

Das Recht auf Widerruf Ihrer Einwilligung besteht jederzeit, gilt jedoch nur mit Wirkung für die Zukunft. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund Ihrer Einwilligung bis zu deren Widerruf erfolgten Verarbeitung wird durch den Widerruf nicht berührt (Art. 7 Abs. 3 S. 2 u.13 Abs. 2 c) DSGVO).

Wir weisen darauf hin, dass bei Wahrnehmung der Ihnen zustehenden Widerrufs- oder Widerspruchsrechte hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer Daten eine weitere Teilnahme an der geförderten Maßnahme nicht mehr möglich ist, weil dann die vorgeschriebenen Nachweispflichten gegenüber dem Fördermittelgeber nicht mehr erfüllt werden können.

Wenn Sie glauben, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt oder Ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche sonst in irgendeiner Weise verletzt worden sind, können Sie sich bei der Aufsichtsbehörde beschweren. In Berlin ist dies die Berliner Datenschutz-beauftragte. Hinweise zur Kontaktaufnahme sind der Internetseite der Berliner Datenschutzbeauftragten zu entnehmen.

Weitere Informationen sind über die Servicestelle Bürgereingaben der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit erhältlich (Telefon: 030 13889-0 - E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de).

Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlich für die Verarbeitung der Daten gemäß Artikel 4 Absatz 7 EU-DSGVO ist:

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Referat II C, SGB-II-Koordination, Arbeitsförderung
Referat II D, Berufliche Qualifizierung und Berufsbildungspolitik

Oranienstraße 106,
10969 Berlin

Telefon: 030 / 9028-0
Fax: 030 / 9028-2090
E-Mail: post@senias.berlin.de post@senasgiva.berlin.de

Datenschutzbeauftragter des Verantwortlichen ist Herr Schwarz,
Oranienstraße 106; 10969 Berlin
E-Mail: datenschutz@senasgiva.berlin.de